

Antrag der Fraktion der CDU

Lehrerstundenzuweisung: Transparenz herstellen und Unterricht sicherstellen

Im jüngst vorgelegten Bildungsmonitor 2011 hat Bremen – trotz der in den vergangenen Jahren erreichten Fortschritte – bei der Schulqualität erneut mit deutlichem Abstand den 16. Platz belegt. Mit dem überparteilichen Bremer Bildungskonsens wurde 2009 die Grundlage für eine kontinuierliche Verbesserung des Bremer Bildungswesens gelegt. Die erreichte Verlässlichkeit soll vor allem zu einer deutlichen und raschen Verbesserung der Unterrichtsqualität und damit der schulischen Leistungen aller Beteiligten führen. Mit der überraschenden Ankündigung nach den Wahlen und kurz vor den Sommerferien, die Zuweisung von Lehrerwochenstunden bereits zum Schuljahresbeginn 2011/2012 signifikant zu verändern, hat der Senat die gerade erst erreichte und von allen Seiten geschätzte Verlässlichkeit durch einseitige Maßnahmen untergraben und den Schulfrieden durch fehlende Transparenz empfindlich gestört. Die vorgenommenen und beabsichtigten Veränderungen bei der Stundenzuweisung bringen die Schulen, die Stunden abgeben müssen, in ernsthafte Schwierigkeiten. Der Umfang der offenbar notwendigen Nachsteuerung zeigt zudem, dass die Frage der Ressourcen für die Bildung in der Verantwortung des gesamten Senats liegen muss, damit der vom Senat selbst gesetzte „Schwerpunkt Bildung“ auf einer soliden Grundlage steht. Und der Senat muss seiner Selbstverpflichtung nachkommen und den Beitrag Bremens zum Erreichen des 10-%-Ziels bei den Bildungsausgaben sicherstellen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. bis zur Vorlage der mit den Punkten 2 und 3 geforderten Berichte und Ressourcenplanungen und bis zur Beratung und Beschlussfassung über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Ressourcen im Bildungsbereich die vorgenommenen Stundenkürzungen auszusetzen.
2. der Stadtbürgerschaft zur Beratung in ihrer nächsten Sitzung einen Bericht über die vom Bildungsressort bereits vorgenommenen und noch beabsichtigten Veränderungen bei der Zuweisung von Lehrerwochenstunden an Schulen der Stadtgemeinde Bremen zum Schuljahr 2011/2012 vorzulegen. Der Bericht soll insbesondere folgende Fragen beantworten:
 - Welchen Schulen werden aus welchen Gründen Lehrerstunden in welcher Höhe und in welchen Klassenstufen abgezogen und welchen zugewiesen, und wie vielen Lehrerstellen entspricht dies jeweils?
 - Welche allgemeinen Maßnahmen und Projekte sowie Profile an den gymnasialen Oberstufen sind an den Schulen, die Lehrerstunden abgeben, betroffen und können deshalb nicht mehr angeboten werden?
 - Welche Auswirkungen haben die getroffenen und geplanten Maßnahmen auf die Lehrkräfte und ihre Einsatzorte vor allem im Hinblick auf zusätzliche Belastungen und Arbeitseffektivität, und wie viele Lehrerstellen fallen in Vollzeitäquivalenten durch die getroffenen Maßnahmen insgesamt weg?
 - Welche Auswirkung haben der Aufbau der Oberschulen und die Einrichtung von Inklusionsklassen als die beiden großen Reformvorhaben auf die

Zuweisung der Lehrerstunden für das Schuljahr 2011/2012 im Hinblick auf die absolute Zahl der dafür eingesetzten zusätzlichen Lehrerstunden?

3. der Stadtbürgerschaft im Zuge der Haushaltsberatungen und nach Beratung mit den betroffenen Schulen eine detaillierte Ressourcenplanung bis 2015 vorzulegen, die folgende Faktoren berücksichtigt:
 - Umsetzung der Inklusion (heruntergebrochen auf Standorte und Lehrerstunden/-stellen), Sonderbedarfe für den Aufbau der Oberschule, Sicherstellung der Qualität in der gymnasialen Oberstufe, kontinuierliche Verbesserung der Unterrichtsqualität in allen Schulformen, Sicherung des Lehrkräftenachwuchses durch entsprechende Einstellung von Referendaren zu allen vier Einstellungsterminen, Ressourcenverwendung nach Durchlauf des doppelten Abiturjahrganges und beabsichtigte Einsparungen im Bildungshaushalt;
 - Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz und damit der Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen der Bildungsbehörde insbesondere im Hinblick auf die Ressourcensteuerung und deren Kommunikation;
 - Verzicht auf künftige Kürzungen im Schulbereich, die die Unterrichtsqualität und die Angebotsvielfalt gefährden und im Sinne des Bildungskonsenses den erreichten Schulfrieden stören, weil sie ohne Beteiligung der Betroffenen vorgenommen werden.

Dr. Thomas vom Bruch, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU